



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 28. November 2014

Inhalt

1. Haushalt 2015 – ohne Neuverschuldung und trotzdem mit sozialdemokratischen Prioritäten
2. Fracking – Fahrplan für die weiteren Beratungen



Haushalt 2015 – ohne Neuverschuldung und trotzdem mit sozialdemokratischen Prioritäten

Am Freitag dieser Woche wurde erstmals seit 46 Jahren ein ausgeglichener [Bundshaushalt](#) verabschiedet. Darauf sind wir stolz. Der ausgeglichene Haushalt ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten allerdings kein Selbstzweck, sondern vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Wir wollen keine Politik zulasten der künftigen Generationen mehr machen und wir wollen die staatliche Handlungsfähigkeit erhalten. Das der ausgeglichene Haushalt überhaupt möglich wurde, liegt unter anderem an der guten Steuerbasis, an höheren Löhnen und geringeren Sozialausgaben, sowie dem niedrigen Zinsniveau.

Ein Bundshaushalt ohne Neuverschuldung, in dem wir trotzdem noch sozialdemokratische Prioritäten setzen konnten, kann ohne weiteres als historisch bezeichnet werden. Außerdem hat noch keine Regierung zuvor die Ausgaben für Bildung und Forschung so erhöht wie diese Große Koalition.

Gleichwohl ruhen wir uns nicht auf unseren Lorbeeren aus. Es gilt, die wirtschaftliche Stärke auch dauerhaft zu sichern. Deshalb haben wir ein Investitionsprogramm in Höhe von 10 Milliarden Euro bis 2018 auf den Weg gebracht. Über die Verwendung dieser Milliarden wird die Bundesregierung gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen entscheiden. Wir plädieren dafür, dass das Geld nicht nur für den Ausbau der Infrastruktur, sondern auch für die energetische Gebäudesanierung, den weiteren Kita-Ausbau und zur Entlastung der Kommunen verwendet wird.

Sozialdemokratische Prioritäten im Haushalt 2015

Es gibt zusätzlich

95	Millionen für Krisenprävention
213	Millionen für humanitäre Hilfe im Ausland
100	Millionen für Kunst und Kultur
20	Millionen für die Bundespolizei
20	Millionen für Hochwasserschutz
15	Millionen für Sportförderung
10	Millionen für Programme gegen Extremismus
9	Millionen für THW-Liegenschaften
8	Millionen für Migrationsberatung für Erwachsene
5	Millionen für politische Bildung
5	Millionen für den Erwerb von Feuerwehrfahrzeugen
2	Millionen für Verbraucherschutz
1	Million für Jugendmigrationsdienste

Handlungsfähig müssen aber auch unsere Kommunen bleiben, dies hat [Uli Gottschalck in der Generaldebatte](#) am Mittwoch auch noch einmal verdeutlicht. Sie stehen vor enormen Herausforderungen, wie der demografischen Entwicklung und dem Erhalt der Infrastruktur und damit meinen wir insbesondere auch die soziale Infrastruktur. Wir haben schon viel getan: Im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz werden die Kommunen um je eine Milliarde Euro jährlich entlastet, die Grundsicherung hat der Bund bereits komplett übernommen und das macht sich in den Haushalten der Sozialhilfeträger positiv und ganz real bemerkbar.

Die menschenwürdige Unterbringung der oft traumatisierten Flüchtlinge muss oberste Priorität haben. Aktuell stehen die Kommunen durch die

drastisch steigenden Flüchtlingszahlen unter enormen Druck. Deshalb ist es gut, dass die Koalitionsrunde weitere Entlastungen für die Kommunen beschlossen hat, um bei den Problemen der Flüchtlingsunterbringung zu helfen. **Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern dafür 1 Milliarde Euro und wir sind recht optimistisch, dieses Ziel zu erreichen.** Bund und Länder müssen ihrer Verantwortung und Zuständigkeit gerecht werden. Der Bund hat schon einiges auf den Weg gebracht, bei einigen Ländern - und dazu gehört leider auch Hessen - ist jedoch noch Luft nach oben. Für die angemessene Unterbringung der Flüchtlinge sind die Länder verantwortlich. Dazu gehört auch, für eine ordentliche Finanzausstattung zu sorgen. Es ist nicht akzeptabel, wenn sich hier einige Länder drücken und die Kommunen auf hohen Kosten sitzen lassen. Dies sorgt auch für sozialen Sprengstoff.

Wir investieren in Bildung, Forschung und Entwicklung. Wir investieren in den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur. Das alles sind wichtige Schritte, um den Motor unserer Volkswirtschaft nicht stottern zu lassen. Und auch die Frauenquote wird helfen, angestaubte Rollenbilder über Bord zu werfen und die Wirtschaft zu beflügeln. Gemischte Teams arbeiten besser!

Insgesamt sind wir mit den Haushaltsberatungen sehr zufrieden. Wir konnten bereits viel erreichen, aber es gibt auch noch viel zu tun.

Fracking – Unkonventionelles Fracking wird verboten

In Deutschland wird es keine Förderung von Schiefergas mittels unkonventionellem Fracking geben. Trinkwasser und Gesundheit müssen absoluten Vorrang haben.

Die seit Jahrzehnten in Deutschland angewandte konventionelle Erdgasförderung wird zudem mit deutlich schärferen Umweltauflagen modernisiert. Wasserschutzzonen, in denen es kein Fracking geben darf, werden ausgeweitet und eine Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Vorhaben verpflichtend festgeschrieben.

Dies wird in einem Eckpunktepapier für das Gesetzes- und Verordnungspaket von Bundesumweltministerin Barbara Hendriks sowie Bundesminister Sigmar Gabriel (beide SPD) deutlich. Entscheidend ist, dass damit die Koalitionsvereinbarung umgesetzt werde, die eine Verwendung sogenannter umwelttoxischer Stoffe für jede Art des Frackings generell ausschließt.

Wissenschaftliche Untersuchungen werden allerdings nach einer Intervention des Kanzleramtes möglich, aber nur unter strengen Anforderungen. Auch hier gilt das Verbot des Einsatzes wassergefährdender Frackflüssigkeiten. Nach 2018 können kommerzielle Bohrungen nur dann in diesem Bereich durch die Bergbau- und Wasser-Behörden der Länder genehmigt werden, wenn das Umweltbundesamt und eine unabhängige Expertenkommission zuvor deren Unbedenklichkeit bestätigt hat.

„Es muss deutlich betont werden, dass wir mit diesem Gesetz in Deutschland insgesamt ein Verbot unkonventionellen Frackings und die weltweit strengsten Auflagen für konventionelles Fracking beschließen“, fasst Dr. Edgar Franke zusammen.

Fahrplan für die weiteren Beratungen

Der Gesetzesentwurf soll Anfang Dezember diesen Jahres an die Verbände und Länder mit Bitte um Stellungnahme gegeben werden im Januar 2015 soll die Auswertung der Stellungnahmen erfolgen und im März 2015 könnte der Bundesrat sich damit befassen. Frühestens im April 2015 werden dann im Bundestag die Beratungen und Anhörungen beginnen. Verbunden damit sind Änderungen im Wasserhaushalts- und Bundesnaturschutzgesetz sowie bergrechtlicher Verordnungen.



Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einenschnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia

Einladung zur Informationsveranstaltung „SuedLink“

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie mit unserem letzten Rundschreiben und in der HNA angekündigt

laden wir Euch

am Montag, dem 08. Dezember 2014

um 19.00 Uhr

in den „Hardehäuser Hof“, Kasseler Str. 22

in Fritzlar

recht herzlich ein.

Referent ist der zuständige Berichterstatter und Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie Matthias Ilgen, MdB.



Wir wollen Euch nicht nur informieren, sondern alle Fragen im Zusammenhang mit der Stromtrasse „SuedLink“ diskutieren.

Mit freundschaftlichen Grüßen

Dr. Edgar Franke
Vorsitzender

Hans Griese
Geschäftsführer

SPD will über Suedlink offen debattieren

SCHWALM-EDER. Die Gleichstromtrasse Suedlink, um die es zurzeit viele Diskussionen und Proteste gibt, beschäftigt auch die SPD im Schwalm-Eder-Kreis. SPD-Unterbezirksvorsitzender Dr. Edgar Franke teilte gestern mit, dass Anfang Dezember zu einer für alle Mitglieder offenen SPD-Versammlung eingeladen wird, auf der über das Thema Stromtrasse diskutiert werden soll.

Im Unterbezirksvorstand habe man bereits vor zehn Tagen die bisher einzige, konkret geplante Trasse abgelehnt, sagte Franke. Die Trasse sei völlig überdimensioniert, es gebe keine Abstandsregelung zur Wohnbebauung. Zudem müsse man die Erdverkabelung prüfen.

Von der Diskussion mit allen SPD-Mitgliedern erhofft sich die Parteispitze ein klares Votum zum Netzausbau. (ula)